



### Presseschau vom 17.09.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Abends:

Dan-news.info: Der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin nannte die Einführung von Sanktionen gegen ihn durch die Ukraine „juristisch absurd“. „Ich bin entrüstet über solche Handlungen. Jetzt wird mir anscheinend mein Land abschließend weggenommen, aber ich, als echter Patriot, werde kommen und es zurückholen. Ich möchte noch sagen, dass dies juristisch absurd ist, weil gegen mich schon ein Strafverfahren eingeleitet wurde“, sagte er.

Zuvor hatte der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko eine Sanktionsliste der Ukraine bestätigt, in der 42 Vertreter der DVR aufgenommen sind. Unter ihnen das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko, der Sprecher des Volkssowjets Denis Puschilin, Minister, Leiter von Parlamentskomitees.

Die Sanktionen sehen insbesondere eine Blockierung von Guthaben, eine zeitweilige Einschränkung des Rechts einer Person, das ihm gehörende Eigentum zu nutzen und darüber zu verfügen, und andere Maßnahmen vor.

Dan-news.info: Die DVR weicht trotz irgendwelcher Sanktionen nicht vom Weg des Staatsaufbaus ab und die bevorstehenden Wahlen sind ein Schritt in diese Richtung. Dies erklärte heute der Leiter der Zentralen Wahlkommission der DVR Roman Ljagin, in Bezug auf die heute von Kiew verhängten Sanktionen.

„Mich hat man schon lange in der Ukraine verfolgt, so dass ich nicht verwundert bin“, sagte er. „Aber keine Sanktionen werden uns zwingen, von dem beabsichtigten Weg beim Aufbau eines neuen Staates abzuweichen.“

Dan-news.info: Die ukrainischen Sanktionen, die heute in Bezug auf die Führung der DVR eingeführt worden sind, sprengen die Minsker Vereinbarungen, erklärte heute der Leiter der DVR in der Kontaktgruppe, der Sprecher des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin. „In meiner Sicht sind die Sanktionen im Prinzip eine Sprengung der Grundlagen der Minsker Vereinbarungen. Besonders nicht zielführend sind diese Handlungen auf dem Hintergrund der ersten unsicheren Schritte zur politischen Regulierung der Situation in der Region“, sagte er.

Nach seinen Worten kann der Erlass des Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko in dieser Hinsicht als „eher populistisch als ökonomische und politisch begründet“ bewertet werden. „Und es wird kaum jemand aus der Regierung der DVR, darunter auch ich, von solchen Maßnahmen eingeschüchert werden“, fasste der Vorsitzende des Volkssowjets zusammen.

## **Vormittags:**

Dan-news.info: Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaftsföderation der DVR beträgt fast 300.000, teilte heute der Pressedienst der Föderation mit.

Die Mitglieder sind in 22 Einzelgewerkschaften organisiert.

Die letzte Gewerkschaft, die registriert wurde, ist die der Beschäftigten des Rentenfonds. Ihr Gründungskongress fand am 11. September statt.

De.sputniknews.com: Die russische Regierung wird die möglichen Folgen der Sanktionen analysieren, die am Vortag von Kiew verhängt wurden, und die Ergebnisse der Staatsführung vorlegen, wie der russische Vizepremier Arkadi Dworkowitsch am Donnerstag Journalisten sagte.

Am Mittwoch hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko die gegen Russland beschlossenen Sanktionen per Erlass in Kraft gesetzt. Die Sanktionen sollen ein Jahr lang gelten. Auf der Verbotliste stehen 388 natürliche und 105 juristische Personen. Auf die Liste wurden unter anderem der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu, der Staatsduma-Chef Sergej Naryschkin, der tschetschenische Republikchef Ramsan Kadyrow, der Kinderombudsman Pawel Astachow, der Präsidentenberater Sergej Glasjew, der Präsident der Russischen Akademie der Wissenschaften, Wladimir Fortow, der Parteichef von „Gerechtes Russland“ Sergej Mironow sowie der Landwirtschaftsminister Alexander Tkatschow gesetzt.

„Bei uns befasst sich mit dieser Thematik das Außenministerium“, so Dworkowitsch auf die Journalistenfrage, ob Russland auf die neuen ukrainischen Sanktionen reagieren werde und wie die Antwort sein könnte. „Wir werden unsere Analyse der Folgen der von den (ukrainischen) Kollegen beschlossenen Entscheidungen vornehmen und sie der Staatsführung vorlegen, damit sie Entscheidungen trifft.“

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden sechsmal das Regime der Feuereinstellung im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR verletzt, teilte das Verteidigungsministerium der Republik mit.

Um 9:15 am 16.9. wurde aus Richtung Staryj Ajdar Rajewka mit Granatwerfern beschossen. Beginnend um 20:45 haben die Kiewer Truppen fünfmal aus Richtung Luganskoje das Gebiet von Kalinowka beschossen. Dabei wurden leichte Schusswaffen, großkalibrige Maschinengewehre und Granatwerfer des Kalibers 82mm sowie kleinere Granatwerfer verwendet.

De.sputniknews.com: Nach ihrem Appell, die Krim von der Lebensmittelversorgung abzuschneiden, ernten die tatarischen Abgeordneten des ukrainischen Parlaments (Rada) Kritik von den Krimtataren. Remsi Iljassow, Leiter des Krimtatarenverbandes „Kyrym“, warnt die Kiewer Parlamentarier, im Namen der Minderheit zu sprechen.

Die Rada-Abgeordneten Refat Tschbarow und Mustafa Dschemilew, beide Anführer der inoffiziellen Kiewer Organisation „Medschilis der Krimtataren“, hatten zu einer Lebensmittelblockade der Krim aufgerufen, die sich im vergangenen Jahr mit Russland wiedervereinigt hatte. Die radikale Nationalistenmiliz „Rechter Sektor“ unterstützte die Aktion. „Ich habe persönlich mit vielen Krimtataren gesprochen, mit Intellektuellen, Bauern und einfachen Arbeitern. Aber nie habe ich gehört, dass jemand sich eine Blockade der Krim wünscht“, kommentierte Iljassow am Donnerstag.

Den Vorstoß der Kiewer Abgeordneten bezeichnete der Chef des Krimtatarenverbandes als „Höchstmaß an Zynismus“ und als Versuch, einen Konflikt zu provozieren und der ganzen Welt vorzutäuschen, dass es auf der Krim Unzufriedene gäbe.

Er warf Dschemilew und Tschubarow vor, aus „politischer Gewinnsucht“ dem krimtatarischen Volk schaden zu wollen. „Das Gefährlichste daran ist, dass die beiden im Namen aller Krimtataren sprechen, ohne die echten Krimtataren gefragt zu haben, was sie wirklich wollen.“



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30436/40/304364050.jpg>

Lug-info.com: Der 38. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands ist in Lugansk eingetroffen.

Wie ein offizieller Vertreter des Koordinationszentrums für den Wiederaufbau der LVR berichtet, haben heute mehr als 40 Lastwagen etwa 450 Tonnen Güter in die Republik gebracht.

Neben Lebensmitteln sind 204 Tonnen Schulbücher und 6 Tonnen medizinische Materialien geliefert worden.

De.sputniknews.com: Die Sanktionsliste der Ukraine, die Präsident Petro Poroschenko jetzt wesentlich ausgeweitet hat, schließt nun auch Journalisten der britischen Fernseh- und Rundfunkcorporation BBC sowie den spanischen Journalisten Antonio Pampliega ein, der in Syrien als vermisst gilt.

Die BBC hat die Sanktionen der Ukraine gegen ihre Mitarbeiter als einen „beschämenden Angriff auf die Redefreiheit“ bezeichnet und Kiew dazu aufgefordert, die Namen dieser Journalisten aus der Einschränkungliste zu entfernen.

Kiew hat am Mittwoch einschränkende Maßnahmen gegen 388 Privatbürger und 105 juristische Personen, darunter Bürger von 23 Ländern, für ein Jahr verhängt. Auf der Sanktionsliste stehen unter anderem der BBC-Korrespondent in Moskau Steve Rosenberg und die Programmveranstalterin Emma Wells.

Wie der Chef des Auslandsdiensts der BBC, Andrew Roy, äußerte, sind diese Strafmaßnahmen gegen die Journalisten, die „über die Situation in der Ukraine unvoreingenommen und unparteiisch berichten“, völlig unangebracht und unerklärbar. „Wir rufen die ukrainische Regierung auf, ihre Namen unverzüglich von der Liste zu streichen.“ Laut der Auslandsabteilung der spanischen Zeitung El País hatte Antonio Pampliega im Januar und im März dieses Jahres aus Kiew und Perwomaisk mehrere Beiträge zur Internet-Sektion sowie einige Berichte geschickt. Im Dezember 2014 war in El Confidencial seine Reportage über ein Training der „Selbstverteidigungskräfte der Ukraine“, die die ukrainischen Behörden unterstützen, veröffentlicht worden.

Pampliega und seine Kollegen Angel Sastre und Jose Manuel Lopez aus Spanien werden seit Mitte Juli vermisst. Sie waren am 10. Juli, aus der Türkei kommend, in Syrien eingetroffen. Die Journalisten sind vermutlich von der Terrormiliz „Islamischer Staat“ entführt worden.

Dan-news.info: Ein ziviler Einwohner starb durch die Detonation eines unbekanntes Sprengkörpers im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Iwan Prichodko mit.

„Gestern gegen 17 Uhr geriet ein friedlicher Einwohner im Stadtteil Adminploschtschadka an einen Sprengkörper und starb an den erlittenen Verletzungen“, sagte er.

Dan-news.info: Die Nacht verlief in den frontnahen Ortschaften der DVR ruhig, es wurden keine Beschüsse festgestellt, teilten die Leiter der Städte und Bezirke der Republik mit. „Die letzte Nacht war ruhig, mit Ausnahme dessen, dass gestern ein Einwohner auf einen Sprengkörper geraten ist“, sagte der Leiter der Kujbyschewskij-Bezirks Iwan Prichodko. In den Bezirken Kirowskij, Kiewskij und Petrowskij verlief die Nacht ruhig ohne Vorkommnisse, die Lage ist ruhig geblieben.

Auch aus Makejewka, Gorlowka, Jasinowataja, Telmanowo und Nowoasowsk wird über das Fehlen von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Truppen berichtet.

De.sputniknews.com: Mehr als vier Monate nach ihrer „Siegestour“ rollen russische Biker wieder durch die EU. Vertreter des Motorradclubs „Nachtwölfe“ sind in der Slowakei eingetroffen, um an einer internationalen Protestaktion gegen die Nato-Übungen in Europa teilzunehmen.

Die Nachtwölfe haben die slowakische Grenze überquert, bestätigte der Sprecher des Clubs, Anatoli Wilkowski, am Donnerstag. Zu der Protesttour, die am Freitagabend in der slowakischen Ortschaft Kalinov beginnen soll, werden bis zu 500 Motorradfahrer aus der Slowakei, Serbien, Polen, Tschechien, Deutschland und Russland erwartet. Sie soll drei Tage

später vor dem Kriegsdenkmal Slavin in Bratislava enden.

Laut den Organisatoren besteht das Ziel der Aktion darin, gegen den Transit der amerikanischen Panzer, die aus Deutschland durch die Slowakei zu einer Übung nach Ungarn verlegt werden sollen, zu protestieren. „Dieser Militärmarsch ist ein illegaler Aggressionsakt mit dem Ziel, Europa gegen Russland aufzubringen“, sagen die Organisatoren.

Für Ende September wird die US. Army zudem in der Slowakei mit slowakischen, tschechischen polnischen und ungarischen Soldaten üben. „Die Amerikaner werden mit Panzern fahren, die Patrioten mit Motorrädern. Das Nato-Militär fährt mit einer Einschüchterungsmision, die Biker-Kolonnen mit einer Friedensmission“, kommentierte Wilkowski. Nach seinen Angaben werden die Biker auf dem Weg von Kalinov nach Bratislava Zwischenhalte machen, um an Gräbern sowjetischer Soldaten und „aller, die im Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Sowjetunion gekämpft hatten“, Blumen niederzulegen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30207/64/302076406.jpg>

Dan-news.info: Der 38. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums Russlands hat heute etwa 500 Tonnen Schulbücher für die Schüler der Republik geliefert, teilte der Leiter des Koordinationszentrums für den Wiederaufbau der DVR Wladislaw Tomaschewskij mit.

„In der Kolonne kamen 55 Lastwagen, die etwa 750 Tonnen humanitäre Ladung lieferten, wozu 217 Tonnen Lebensmittel und mehr als 500 Tonnen Schulbücher für die Schüler der Klassen 5-9 gehören“, sagte er.

Weiter wurde Baumaterial für das Donezker Regionalmuseum geliefert.

De.sputniknews.com: Das in New York ansässige Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) hat die Ukraine wegen der Sanktionen, die gegen knapp 400 Personen, darunter 41 ausländische Medienmitarbeiter, gerichtet sind, scharf kritisiert.

Laut dem Komitee untergraben die am Mittwoch von Präsident Petro Poroschenko angeordneten einschränkenden Maßnahmen die Interessen Kiews selbst, das damit „die Verbreitung von äußerst wichtigen Nachrichten und Informationen blockiert, welche es den Bewohnern unseres Planeten ermöglichen, von der politischen Krise in der Ukraine zu erfahren“...

## Nachmittags:

De.sputniknews.com: Die Integration der „Lugansker Volksrepublik“ (LVR) in Russland ist ein objektiver und unvermeidlicher Prozess, wie das Oberhaupt der LVR, Igor Plotnizki, am Donnerstag in Lugansk bei der Eröffnung einer Rundtisch-Konferenz zum Thema „Wege zur Integration des Donbass in Russland“ sagte.

„Mit der Waffe in der Hand verteidigen wir das Recht, zusammen mit Russland zu sein, und sind bereit, Wege zur Integration des Donbass in Russland, in die große russische Welt, zu erörtern“, so Plotnizki.

Kiew tue alles nur Mögliche, um die Integration der DVR („Donezker Volksrepublik“) und der LVR in die Ukraine unmöglich zu machen. Kiew habe kein einziges Mal versucht, einen Dialog mit Lugansk und Donezk aufzunehmen, so Plotnizki.

„Die Integration der LVR in Russland ist ein objektiver und höchstwahrscheinlich ein unvermeidlicher Prozess, der den ureigenen Interessen und Bestrebungen der Bewohner der Lugansker Region entspricht“, so der Republikchef.

Dnr-online.ru: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR bleibt vergleichsweise ruhig. Dennoch werden die systematischen Verletzungen des Regimes des Waffenstillstand von Seiten nationalistischer Abteilungen der Ukraine nicht beendet.

„Es werden provokative Handlungen von Seiten von Organisationen ukrainischen Nationalisten, die zum Innenministerium der Ukraine gehören, und von Kämpfern des Rechten Sektors festgestellt, die an der Kontaktlinie der Seiten im Bereich von Donezk stationiert sind. Es ist nicht ausgeschlossen, dass solche Handlungen von der Absicht nationalistischer Gruppierungen hervorgerufen werden, die Abteilungen der Armee der DVR zu Beschüsse der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte zu provozieren, insbesondere der Positionen der 93. einzelnen mechanisierten Brigade, um so einen Vorwand zu schaffen, uns der Verletzung der Minsker Vereinbarungen vor dem schicksalsträchtigen Treffen der normannischen Vier am 2. Oktober zu beschuldigen“, erklärte Basurin.

Nach den Worten Eduard Basurins haben die ukrainischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden zehn Mal das Regime des Waffenstillstands verletzt. Gruppen ukrainischer Nationalisten haben neun Mal Spartak mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Das Feuer auf diese Positionen erfolgte aus dem Bereich des Lüftungsschachts des Butowka-Bergwerks. Mit Schusswaffen beschossen wurde auch Alexandrowka, die ukrainischen Truppen eröffneten das Feuer auf diesen Ort aus dem Gebiet von Marjinka. Im Vorfeld der Unterzeichnung einer Vereinbarung über den Abzug von Artillerie eines Kalibers unter 100mm und Panzern zieht das ukrainische Kommando weiterhin Panzertechnik in der Konfliktzone zusammen.

„Von der Aufklärung der Streitkräfte der DVR wurde die Ankunft von 10 Panzern aus Slawjansks in Artjomowsk (20 km von der Abgrenzungslinie) festgestellt. Außerdem hat unsere Aufklärung festgestellt, dass an der Abgrenzungslinie Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte gegen nationalistische Formationen ausgetauscht werden. So wurde in Mariupol die Durchführung einer Rotation an vorderster Linie von Personal der ukrainischen Streitkräfte gegen Personal aus den Abteilungen des Rechten Sektors und das Regiment „Asow“ festgestellt“, unterstrich Eduard Basurin.

De.sputniknews.com: Der Kreml hat die Aufnahme von Journalisten in die erweiterte

Sanktionsliste von Kiew verurteilt: Das ist unannehmbar und entspricht nicht den Prinzipien der Pressefreiheit, wie Dmitri Peskow, Pressesprecher von Präsident Wladimir Putin, am Donnerstag sagte.

„Die Präsenz in der Liste vieler Medienmitarbeiter ist natürlich völlig inakzeptabel, dies entspricht keinesfalls den Prinzipien der Redefreiheit“, so Peskow am Donnerstag vor Journalisten. „Wir verurteilen stark diese Entscheidung.“....

## **Abends:**

De.sputniknews.com: Die Journalisten aus Großbritannien, Spanien und Deutschland sind aus der am Vortag von den Kiewer Behörden veröffentlichten Sanktionsliste gestrichen worden, wie Swjatoslaw Zegolko, Pressesekretär des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, mitteilte....

Dan-news.info: Das Krankenhaus Nr. 19, das im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk liegt, wurde heute mit Schusswaffen aus Richtung des okkupierten Peski beschossen, berichtete der Leiter der Bezirksverwaltung Iwan Prichodko.

„Heute gegen 14 Uhr wurde das Krankenhaus Nr. 19 mit Schusswaffen beschossen. Das Feuer kam aus Richtung Peski“.

Prichodko fügte hinzu, dass die Fassade des Gebäudes, die Verglasung und der Dienstaufzug beschädigt wurden. „Während des Beschusses wurde niemand verletzt. Zurzeit wird die Summe des Schadens, der der medizinischen Einrichtung zugefügt wurde, geprüft“, sagte er.

De.sputniknews.com: Die Ukraine wird ihre Schulden niemals vollständig begleichen, deshalb sollte Russland auf die neulich gestellten Bedingungen der Restrukturierung eingehen und sich mit wenig zufriedengeben – Kiew wird nichts Besseres vorschlagen, wie der ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk am Donnerstag sagte.

Am Donnerstag will das ukrainische Parlament eine Reihe von Gesetzesentwürfen behandeln, die de jure für eine Restrukturierung der Staatsschulden benötigt werden. „Russland hat sich geweigert, am Gläubigerausschuss teilzunehmen, und sich mit dem Restrukturierungsabkommen nicht einverstanden erklärt. Russland will, dass die Schulden vollständig beglichen werden. Ich möchte aber noch einmal erwähnen, dass es keine besseren Bedingungen geben wird — entweder geht ihr auf diese Bedingungen ein, oder Russland wird niemals bessere Bedingungen bekommen.“, sagte Jazenjuk in einer Parlamentssitzung am Donnerstag...

De.sputniknews.com: Die Internationale Journalisten-Föderation (IFJ) hat die ukrainischen Sanktionen gegen kritische Journalisten scharf kritisiert. Laut IFJ-Vizechef Anthony Bellanger stilisiert sich die ukrainische Regierung mit dieser „absurden Entscheidung“ zum „Feind“ der freien Presse.

Mit dieser Entscheidung habe die ukrainische Regierung „die Rechte und Freiheiten der Journalisten direkt angegriffen“, sagte Bellanger am Donnerstag zu Sputnik. Diese

Entscheidung sei absurd und „macht deutlich, dass ukrainische Behörden und Politiker Feind Nummer eins der Journalistenrechte sind.“

Das Einreiseverbot für 41 Journalisten „kriert ein negatives Image der ukrainischen Realpolitik“, so Bellanger weiter. Die IFJ wolle eingreifen, und an die ukrainische Regierung um eine Aufhebung dieser Entscheidung appellieren.